

Essen / Düsseldorf, den 5.11.2002

## **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Universität Essen-Duisburg**



### 1. Grundsätzliches zur historischen Entwicklung

Die vor etwas mehr als 2 Jahren angestoßenen Überlegungen zur Fusion der Universitäten Gesamthochschulen Essen und Duisburg wurden innerhalb der Hochschulen immer mit viel Skepsis und Sorge begleitet. Das eigentliche Ziel, die Minderausstattung der Gesamthochschulen durch Synergieeffekte durch Zusammenlegung ganzer Fachbereiche auszugleichen, spielte im fortwährenden Fusionsprozess immer weniger eine Rolle.

Statt dessen wurde mehr und mehr deutlich, dass das Land nicht gewillt war, eine eingeforderte gute Lösung angemessen zu finanzieren.

Ein derartiges Projekt benötigt eine üppige Anschubfinanzierung sowie eine logische und nachhaltige Standortstruktur.

Beides ist nicht gegeben. Nachdem nun aufgrund der fehlenden bzw. zurückgezogenen Zusagen die Bereitschaft zur Fusion an beiden Standorten gesunken ist, an einem die Fusion sogar mittlerweile strikt und geschlossen abgelehnt wird, hält das Land an seinen Fusionsplänen fest – obwohl die Autonomie der Hochschulen immer groß geschrieben wurde. Die Zusage, keine Fusion gegen den Willen der Hochschulen machen zu wollen, ist offenbar nun auch nichts mehr wert.

Die fast 37.000 Studierenden an beiden Standorten bzw. deren Vertretungen sind im gesamten Fusionsprozess zu keinem Zeitpunkt befragt worden. Doch gerade die Studierendenvertretungen hatten immer wieder vor dem Projekt Fusion gewarnt und in mehreren öffentlich gemachten Resolutionen unter

anderem auch auf die fehlende Verlässlichkeit politischer Zusagen hingewiesen.

An der Universität Essen hatten in den letzten 2 Jahren das Studierendenparlament, die verschiedenen ASten sowie die FachschaftsvertreterInnenkonferenz die Fusion einhellig abgelehnt.

Der Umgang des Ministeriums mit den Hochschulen wirft mehrere Fragen auf.

## **2. Politische Zusagen und finanzielle Notwendigkeiten**

Zugesagte Finanzierungen für Umzüge von Fachbereichen und Restrukturierungsmaßnahmen wurden zunächst zusammengekürzt, schließlich angesichts leerer Kassen überhaupt keine Zusagen mehr gemacht. Das Zentrum für medizinische Biotechnologie in Essen ist vom Ministerium nur unter der Bedingung unterstützt worden, an der Fusion festzuhalten. Mittlerweile ist auch die Finanzierung des Zentrums auf einen Bruchteil der eigentlichen Summe zusammengeschrumpft.

Die offensichtlich fehlende Sachkompetenz der Abgeordneten in den Regierungsfractionen und auch im Ministerium ist erschreckend. Die Abgeordneten kennen die Hintergründe und vor allem die Hochschulen nicht und die Ministerin verstrickt sich in utopischen Zahlen zu potentiellen Synergiegewinnen – ohne offensichtlich die Verwaltungsstruktur der Hochschulen zu kennen.

Schließlich erweckt die „Aufsicht“ des Ministeriums über Gutachterverfahren oder etwa der Werkvertrag des Ministeriums für den Fusionsverhandlungsmoderator doch deutlich den Eindruck, dass hier gezielt gesteuert und Einfluss genommen werden sollte.

Infolge dessen kam es zu genauso merkwürdigen wie unsinnigen Entscheidungen, meist - oberflächlich gesehen - zugunsten Duisburgs (z.B. Geisteswissenschaftliches Zentrum, Kulturwirt, Verlagerung der Physik nach

Duisburg), die weder inhaltlich sinnvoll noch strukturell nachvollziehbar sind. Tatsächlich wird der Eindruck erweckt, hier könnte ein Standort bevorteilt worden sein.

Der „große Wurf“ ist nun zum stolpernden Absturz geworden. Wenn ein Projekt nicht finanzierbar ist, dann kann man es nicht machen. Eine Fusion jedenfalls, die das Land nicht bezahlen kann, können sich die Universitäten nicht leisten. Und hierbei geht es nicht um die „unumgänglich notwendigen Umzugskosten“. Hier wären wesentlich größere Investitionen nötig.

### **3. Auswirkungen dieser Zwangsfusion**

Die Hochschulen wären nach der jetzigen Gesetzesvorlage und vor dem Hintergrund der fehlenden finanziellen Zusagen gezwungen, die dann dringend notwendigen internen Umstrukturierungsmassnahmen selber zu finanzieren. Dies ist überhaupt nicht machbar. Es würde die Hochschule auf Jahre hin zurückwerfen und lähmen. Statt an Attraktivität und Forschungsexzellenz zu gewinnen würde die neue Hochschule zunehmend austrocknen. Studierende werden bei einer derart diffusen Fächerverteilung nicht an der neuen Zwei-Standorte-Universität studieren, sondern lieber gleich zu einer anderen Hochschule gehen. Fehlende Gelder für das Aufrechterhalten der Lehrinfrastruktur führen außerdem zu sich stark verschlechternden Studienbedingungen – längere Verweildauern der Studierenden an der Hochschule wären die Folge. Am Ende des Prozesses steht dann das Ende mindestens eines Standortes, nachdem nach und nach aufgrund fehlender Nachfrage von Studierenden und fehlendem Interesse von Lehrenden, an der Hochschule zu forschen und zu lehren, ganze Bereiche lahm gelegt wurden und austrocknen.

Das diffuse Fächerspektrum wird dazu führen, dass weit weniger Studierende an der fusionierten Hochschule studieren werden, als dies derzeit angenommen wird. Dazu kommt, dass ausgerechnet in den

Überlastfächern überhaupt keine Entschärfung der Situation, sondern sogar noch eine Verschärfung prognostiziert werden muss. Die Lehramtsausbildung soll komplett nach Essen verlagert werden, gleichzeitig gibt es aber keine Synergien, um die ohnehin schon existente Überlast insbesondere in den Sprachwissenschaften auszugleichen.

Durch die Verlagerung der Physik nach Duisburg entwickeln sich weitere Probleme. In diesem Semester haben sich 70 Studierende für die Physik in Essen entschieden, aber nur 30 in Duisburg. Die Lehrerausbildung in Essen muss auch in der Physik aufrecht erhalten werden. Als Folge der Entscheidung müssen etliche Lehrveranstaltungen doppelt angeboten werden. Auch hier verschlechtert die Fusion die Situation noch, anstatt sie zu verbessern.

Die Folge für das strukturell immer noch schwache Ruhrgebiet wäre eine weitere Ausdünnung im Westen. Die Probleme entlang der Ruhr, wie beispielsweise der Einwohnenschwund, würden sich noch vergrößern.

Angesichts der Wichtigkeit des Themas Bildung, das auch in der Rot-Grünen Landesregierung ein zentraler Punkt ist, erscheint das Unterfangen Fusion zweier Hochschulen unter diesen Voraussetzungen als ein fahrlässiges Wagnis mit vorprogrammiertem desaströsen Ausgang.

Auch angesichts der Bestrebungen des Ministeriums, die Studierendenzahlen im Ruhrgebiet zu erhöhen, erscheint das Vorhaben als absolut kontraproduktiv.

#### **4. Mängel im Fusionsgesetz aus Sicht der Studierendenvertretung**

Schließlich weist das Fusionsgesetz etliche Mängel auf.

Im Bereich der Studierendenvertretung ist eine Zwei-Standorte-Universität nicht praktikabel. Ein AStA muss vor Ort sein, d.h. durch zwei Standorte ergeben sich zwangsläufig große entscheidende Nachteile für die Studierenden. Die Arbeit in der Studierendenvertretung, vor allem aber im AStA, wird so schnell zum Full-time Job.

Die Aufspaltung auf zwei Standorte schwächt die Strukturen immens und führt zu großen Reibungsverlusten. Allein die finanziellen und zeitlichen Investitionen zur Ausübung der Pflichten der Vertretungsorgane schwächen die Stellung der Studierenden innerhalb der Hochschule entscheidend. Serviceleistungen müssen an beiden Standorten angeboten werden, Sitzungen des AStA und des Studierendenparlaments werden zu Ruhrgebietsreisen für die Beteiligten. Die Folge wäre eine sinkende Bereitschaft, sich politisch und/oder sozial innerhalb der Hochschule zu engagieren.

Die Abschaffung zweier strukturell immer benachteiligter Gesamthochschulen durch die Schaffung einer konfusen und diffusen Fusionsuniversität wird die historischen Probleme in die Zukunft potenzieren. Statt Problemlösung wird eine Situation der chronischen Problemmanifestierung geschaffen.

Angesichts der deutlichen Gefahren und Nachteile der geplanten Zwangsfusion lehnt der AStA der Universität Essen, ebenso wie das Studierendenparlament und die Fachschaftsvertreterkonferenz die Fusion ab und fordert die politischen Entscheidungsträger auf, den Fusionsprozess bzw. das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich zu stoppen.

## **5. Alternativen zur Fusion**

In der Theorie für manche eine gute Idee oder mögliche Lösung für bestehende Probleme, erweist sich die Fusion nun als ein Zwang der Politik gegen den Willen der Hochschulen und gegen die Interessen der Hochschulangehörigen. Gebrochene Versprechen und zurückgezogene Zusagen werfen ein sehr schlechtes Licht auf die Politik der Landesregierung.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand. Statt einer diffusen Fusion mit katastrophalen Folgen sollte man eine Kooperation der Ruhr-Universitäten anstoßen und diese nach 5 oder mehr Jahren erstmals evaluieren. Studierende hätten dann die Möglichkeit, an einem Standort im Ruhrgebiet zu studieren, der eigenständig ist, aber durch Kooperation mehr oder weniger eng mit seinen Nachbaruniversitäten verflochten ist. Dies würde weit weniger Kosten verursachen und würde den Ansprüchen und Bedürfnissen der Hochschulen und vor allem seiner Studierenden weitaus besser gerecht werden.